

Bezugspreis:

Für die zweite Hälfte August 500000 Mark zahlbar. Unter Kreuzband für die zweite Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland sowie Österreich und Ungarn 514 000 M., für das übrige Ausland 525 000 M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Schulung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295
Verlag: Tönhoff 2506-2507

Freitag, den 17. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontonummer: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Disconto-Gesellschaft, Treppentritte Lindenstraße 11

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 100 000 M. Kleinanzeigen 200 000 M. Kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 40 000 M. (unabhängig vom Satzdruck) das erste Wort 20 000 M., jedes weitere Wort 16 000 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Kontonoten Seite 20 000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Drückt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Optimismus in London.

London, 16. August. (WTB.) Reuter vermeldet, daß, obgleich in der Reparationsfrage keine neuen Gesichtspunkte zu verzeichnen sind, in gut unterrichteten Kreisen dennoch ein gewisses optimistisches Gefühl besteht, denn man nehme an, daß ernstliche Bestrebungen im Gange sind, um die Grundlage für ein Uebereinkommen zu finden.

Paris, 16. August. (Eca.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hoersch, ist heute Abend zur Berichterstattung nach Berlin abgereist. Eine Sonderkommission sei auf dem Wege, Frankreich habe an Deutschland eine Sonderantwort auf die Note vom 17. Juli gerichtet.

Amerika theoretisch hilfsbereit.

Washington, 16. August. (WTB.) Das Kabinett hat gestern seine erste Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Coolidge abgehalten. Nach der Sitzung empfing der Präsident Vertreter der Presse, denen er in großen Zügen die Richtlinien seiner Politik bekannt gab.

Bermüdung damit verbunden sei. An der Politik des New-Haven-Vorschlags werde festgehalten. Coolidge lehnt die Streichung der alliierten Schulden ab. Amerika müsse auf ihrer resoluten Zurückzahlung beharren.

Appell Löbes an Amerika.

Kopenhagen, 16. August. (TU.) Auf der internationalen parlamentarischen Konferenz hielt der Reichstagspräsident Löbe eine Rede, in der er folgendes sagte: „Europa ist heute geistig und moralisch so niedergedrückt, daß nur noch die Vereinigten Staaten ihm helfen können und um der ganzen Welt willen auch helfen müssen.“

Die Stellungnahme des Parteiausschusses.

Am Donnerstag trat der Parteiausschuss zur Beratung der politischen Lage in Berlin zusammen. Genosse Hermann Müller gab ein einleitendes Referat über die politischen Vorgänge der letzten acht Tage.

Der Parteiausschuss erkennt an, daß die Reichstagsfraktion das Kabinett Cuno zum Rücktritt gezwungen hat und kündigt nach Lage der Dinge den Eintritt der Partei in die Regierung.

Der Parteiausschuss fordert die Parteigenossen im Lande auf, alles zu tun, was geeignet ist, unsere Minister und die Fraktion in diesem Kampf zu unterstützen.

Abgelehnt wurde zuvor ein Antrag Sender und Genossen, der sich gegen die große Koalition aussprach. Auch ein Antrag Sander-Dresden, zur Besprechung der politischen Lage einen Parteitag einzuberufen, fand gegen wenige Stimmen Ablehnung.

Zu Beginn der Tagung befaßte sich der Parteiausschuss mit der Beitragsfrage, die angesichts der Markkatastrophe der letzten Wochen für den Bestand der Parteiorganisation ausschlaggebend ist.

Der Mindestbeitrag beträgt ab 1. September die Durchschnittshöhe eines Viertelstundenlohnes. Er beträgt ab 1. September pro Woche für Männer 50 000 M. und für Frauen 20 000 M.

Die Lage im Reich.

Breslau, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in der Provinz Schlesien hat sich entschieden gebessert. Auf den Gruben in Rothenburg, Kreis Landeshut, wurde die Arbeit resümiert wieder aufgenommen. In Landeshut selbst geht der Streik der Textilarbeiter noch weiter.

Braun-Schweig, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Braunschweiger Betriebsräte versammelten sich am Donnerstagsvormittag zu einer Sitzung, in der im wesentlichen Forderungen zur Sicherung der Ernährung gegenüber der Regierung aufgestellt wurden.

Arbeitsarbeiten und die Zurückziehung des Schutzpolizei-Kommandos vom Lande verlangt. Nach Beendigung der Sitzung erfolgte auf dem Schlossplatz eine große Demonstration, an der sämtliche Braunschweiger Arbeiter teilnahmen.

Dortmund, 16. August. (WTB.) Die Lage in Dortmund gestaltet sich kritisch. Auf der Union befinden sich die Arbeiter teilweise im Streik. Desgleichen auf den Hönigwerken.

Erfeld, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In Datteln fand am Donnerstagsvormittag vor den Toren des Ortes eine stark besuchte Versammlung der streikenden Belegschaften der Zechen „Ewald“ und „Emscher-Lippe“ statt.

Die Druckereien Krüger und Ruhfuß in Dortmund sind am Donnerstagsmorgen unter Mitnahme von 300 Millionen Mark Notgeld der Stadt Herne und 3 Milliarden Mark Reichsgeld von den Franzosen geräumt worden.

Röln, 16. August. (WTB.) In einer Reihe Ehrenfelder Betriebe wurden die Streikenden ausgesperrt, so auf den Linke-Hoffmann-Werken. Zwei weitere Betriebe haben vollständig geschlossen.

Düsseldorf, 16. August. (WTB.) Als weitere Strafmaßnahme wegen des Anschlages gegen eine aufziehende Jägerwache am 4. August hat die Befehlshaberbehörde verfügt, daß von heute ab bis auf weiteres in dem Gebiet zwischen der Grenze des rechtsrheinischen Stadtkreises Düsseldorf und den früheren Grenzen des Brückentopfes Düsseldorf mit Ausnahme von Bohnwinkel, Büllroth und Rinderoth jeder Verkehr mit Straßenbahnen, Kraftwagen (auch Personenwagen), Motorrädern usw. bei Tag und Nacht verboten ist.

Die Verkehrsperre über das Ruhrgebiet ist bis auf weiteres verlängert.

Der Weg aus der Not.

Die Ruhraktion Poincarés hat dem Kredit des Deutschen Reiches einen schweren Stoß verleiht. Das verantwortungslose Jaudern der Regierung Cuno in allen finanz- und währungspolitischen Fragen, das Unterlassen der Sicherstellung einer breiten finanziellen Basis für die Abwehraktion an der Ruhr hat den deutschen Kredit weiter erschüttert.

Für die deutsche Staatswirtschaft war das Resultat der Zusammenbruch des Reichsbudgets. Das Steuersystem verfiel. Nur ein lächerlicher Prozentsatz der Staatsausgaben wurde schließlich noch durch Steuererhöhungen gedeckt.

Die soziale Wirkung war drastisch. Die Mark hörte fast auf, Zahlungsmittel zu sein. Die Lebensmittelversorgung geriet zunächst ins Stocken, da die Landwirtschaft als erste anging, ihre Produkte nicht mehr gegen Papiermark abzugeben.

Was war in dieser katastrophalen Situation zu tun? Die Antwort darauf konnte nicht gegeben werden mit den Schlagworten und den Heilslehren der reinen Agitationspolitiker. Es kam nicht darauf an, die natürliche Erregung der Massen der Bevölkerung über die Not dazu zu benutzen, irgendwelche dogmatische Sätze in die Massen zu werfen und sie dafür zu begeistern.

außenpolitischen Problems durch innere Finanz- und währungs- politische Maßnahmen zunächst vorbereitet werden müsse, hat sich in dieser Situation in allen politischen Kreisen durchgesetzt, die Deutschnationalen wie auch die Kommunisten nicht ausgenommen.

Die Sozialdemokratische Partei hat für die Gesamtheit dieser Maßnahmen ein Programm entworfen, das nicht nur die Zielpunkte aufzeigt, sondern auch die augenblicklich praktisch zu verwirklichenden Maßnahmen enthält. Dies Programm verlangte, daß alle augenblicklich gangbaren Wege zur Rettung der deutschen arbeitenden Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft eingeschlagen werden sollten. Bei den Vorschlägen handelte es sich um ein praktisches Programm, nicht um eine Utopie. Die vorgezeichneten Maßnahmen waren durch die wirtschaftliche Situation vorgezeichnet und notwendig. Der Erfolg in der Bekämpfung der gegenwärtigen Notlage ist deshalb zu messen an der Verwirklichung dieses Programms und an der Tatsache, ob dadurch die Lebensmittelversorgung wieder in Gang kommt, ob das Proletariat in die Lage versetzt wird, sich zu versorgen und ob der Fortgang der Produktion gewährleistet wird. Die Diktatur des Proletariats, die man nicht essen kann und von der man nicht leben kann, vermag nicht der Bevölkerung zu geben, was sie braucht: die Versorgung zur Behauptung ihrer Existenz.

Für dieses Programm hat die Sozialdemokratie ihre ganze parlamentarische Kraft eingesetzt. Die katastrophale Situation gab ihr eine starke Stellung im Parlament. Ihr parlamentarischer Einfluß wurde unterstützt durch zwei Tatsachen: das Bürgertum sah den eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch vor Augen und fürchtete mit dem Proletariat zusammen unterzugehen — die Erregung des Proletariats und die Bewegung der Massen ließ das Bürgertum obendrein fürchten, daß der gemeinsame Untergang sich unter fürchtbaren Umständen vollziehen werde. In dieser Situation gelang es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — abgesehen vom Regierungswechsel — einen Umschwung der Finanzpolitik des Reiches einzuleiten und in einem parlamentarisch bisher unerhörten Tempo die neue Finanzpolitik auf den von ihr vorgezeichneten Linien vorwärtszutreiben. Das ist ein großer Erfolg. Es wird notwendig sein, weiter auf dieser Bahn vorwärtszudringen.

Deutschnationale Steuerfronde.

Wie Helferlich im Reichstage, so tobt jetzt auch die deutschnationale Presse gegen den Sachverantw. der Koalitionsparteien am 15. August im Reichstage angenommen haben. U. a. schreibt z. B. die „Deutsche Tagesztg.“: „Hinter der verklausulierten Fassung dieser Entschließung verbirgt sich naturgemäß nichts anderes, als die von den Sozialdemokraten zum Programmpunkt der Koalitionspolitik erhobene Sachverantw. . . . Man hat hier eine Illustration, in welchem Umfang tatsächlich die sozialdemokratische Vorherrschaft innerhalb der großen Koalition zur Geltung kommt, wie ängstlich die bürgerlichen Parteien bemüht sind, auch das leiseste Störzucken der Bestreben von links durch entsprechendes Wohlverhalten zu verhindern, wie sie sich von vornherein schon wieder darauf einstellen, irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten zwischen sich und der Sozialdemokratie auszuweichen, sie hinauszuschieben, bis dann schließlich erfahrungsgemäß der Zeitpunkt kommt, in dem die Sozialdemokratie die Macht zu haben glaubt, diese Meinungsverschiedenheiten durch ein Diktat von ihrer Seite einfach und schmerzlos aus der Welt zu schaffen. Man wird also mit einigem Interesse der weiteren Entwicklung dieser Materie entgegensehen können, wenn im September in Verfolg der gestern angenommenen Entschließung die Regierung, unter der Regide des sozialistischen Herrn Hilferding als Reichsfinanzminister, die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Sachverantw. vorlegt.“

Wenn auch diese Darstellung starke Übertreibungen enthält — das Bürgertum soll schon gemacht werden —, so weist sie doch richtig darauf hin, daß mit der Annahme dieses von der

Sozialdemokratie verlangten Antrages der erste gesetzgeberische Schritt zu dem lang ersehnten Ziele ist, die Sachverantw. zu den Lasten der Allgemeinheit heranzuziehen. Der Deutschen Volkspartei wird vorgeworfen, daß sie früher einmal Deutschland von roten Ketten befreien wollte. Daß in der Tat auch in der Volkspartei die Erkenntnis wächst, daß die Sachverantw. nicht wie bisher finanziell geschont werden dürfen, kann man leicht erkennen, wenn man ihre heutige Stellungnahme mit ihrer früheren vergleicht. So hat z. B. Herr Dr. Becker am 4. April 1922 im Reichstage erklärt:

„Ich möchte feststellen, daß wir eine etwaige Erfassung der Sachverantw. an die vielleicht die Regierung oder eine spätere Regierung denken könnte, genau so scharf ablehnen wie Sie, Herr Helferlich, und auch in Zukunft genau so scharf bekämpfen werden, wie wir das bisher getan haben.“

Bei diesem engen Bündnis zwischen der Volkspartei und Herrn Helferlich kann man es verständlich finden, daß der letztere jetzt tobt, wenn die Volkspartei Ansätze zeigt, sich aus seinem gefährlichen Schlepptau zu befreien.

Nur keine Gesundung!

An der Berliner Börse wurde am Donnerstag der Dollar wie am vorhergehenden Tage mit 2 700 000 notiert. Im freien Verkehr wurde höhere Kurse genannt: die Steigerung setzte sich in den Nachmittagsstunden fort. Gegen 4 Uhr war ein Kurs von fast 4 Millionen Mark erreicht, ohne daß es zu tatsächlichen Käufen und Verkäufen gekommen war. Diese auffällige und plötzliche Steigerung der Wechselkurse scheint im Zusammenhang zu stehen mit großen Verkäufen von Mark, die aus dem Rheinlande gemeldet werden. Sollten diese Angaben richtig sein, so würde damit aufs neue gezeigt werden, daß von der Schwerindustrie des Ruhrgebietes und von den kapitalistischen Kreisen aus dem Rheinlande die Mark aufs neue in den Abgrund gestürzt werden soll. Das ist aber ein Zeichen für die große Geldflüssigkeit. Allem Anschein nach haben also jene Kreise Kredite des Reiches und der Reichsbank in einem so großen Maße zu verschaffen gewußt, daß sie aufs neue damit die Mark fluten können.

Diesem Treiben muß mit der allergrößten Entschiedenheit sofort begegnet werden. Die Eingriffe auf dem Devisenmarkt müssen ergänzt werden durch die sofortige Forderung der Diskontopolitik der Reichsbank, die ja immer noch auf sich warten läßt, und durch die Einziehung der Kredite, sofern sie zu Marktspekulationen benutzt werden. Der neue Finanzminister hat hierbei zu zeigen, daß er dasjenige Maß von Energie besitzt, das zur Unterbindung dieses kapitalistischen Treibens notwendig ist.

Daß die Spekulanten kein Mittel scheuen, um die Mark immer mehr und mehr zu ruinieren, beweist folgender Vorfall: An der Berliner Börse war gestern, wie mitgeteilt, das Gerücht verbreitet, daß die Regierung beabsichtige, für die am 25. August zu zahlenden Steuern ein Moratorium zu gewähren. Diese Feststellung ist völlig aus der Luft gegriffen. Sie ist aber ein Zeichen dafür, mit welchen Mitteln gegenwärtig gearbeitet wird, um das Vertrauen zu einer Wiedergesundung unserer Finanzverhältnisse zu untergraben. Wie wir aus dem Reichsfinanzministerium erfahren, wird der Einzug der am 15. und am 25. August fälligen Steuern mit allem Nachdruck betrieben werden. Von einem Moratorium kann in keiner Weise die Rede sein. Die Finanzverhältnisse des Reiches sind so ernst, daß ein Aufschub der Steuern überhaupt nicht in Frage kommt.

Auflösung des Betriebsräteauschusses.

Eine Verfügung des preussischen Innenministers.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern auf Grund des § 14 Absatz 2 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu Berlin nebst seinen Unterausschüssen, also auch den „Jänjzenerauschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin“, aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuß bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Befähigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübe.

Die Stadt ist, wie erst schon angedeutet, ein Gemisch von Deutschem und Russischem. Die alte Stadt, die um die großen Kirchen, den Dom und Saint Peter, und die diesen kleineren sich aus engen Straßen bildet, steht mit ihren teils prächtigen, mittelalterlichen Bauten wie eine alte deutsche Stadt aus. Hier gibt der Markt den russischen Anstrich.

Etwas eine halbe Stunde lang ziehen sich an der Düna Holzstöße in diesen Reihen hin, in denen vom Morgen bis zum Abend alles Erdnüsse, Kleider, Geschirr, Blumen, Schuhe, Badwaren, Altarbilder, Fleisch, Bücher, Fische und jetzt vor allem unendlich viel Erdbeeren feilgeboten werden. So stehen und sitzen die Landfrauen und preisen jedem Vorübergehenden ihre Waren an, und zwischen durch gehen langbärtige Russen in weißen Hemden, die ihre besonderen Sachen, Tee, Tabak, russisches Gebäck usw. zum Verkauf bringen. An den Seiten des Marktes halten die Wagen der Händler mit kleinen, struppigen Pferden davor, die im hochgebogenen Stummel eingepannt sind.

Eingermessen aufregend ist es, wenn, was nicht oft vorkommt, solch Wagen durch die engen Straßen der Altstadt kommt. Der Damm des vornehmen „Boulevarde“ besteht schon aus „Kahentöpfen“, schlimmer als die in irgendeinem finsternen Berliner Winkel. Nun erst die einfachen Straßen! Der fog. Bürgersteig ist knapp so breit, daß einer darauf gehen kann, ausweichen ist unmöglich. Deshalb geht man auf dem Damm, und ein Wagen brückt alles beiseite!

Das ganze ziemlich geschäftige Leben wickelt sich ruhig und ordentlich (allerdings mehr ordentlich als ruhig!) ohne Beihilfe von Schulheuten ab. An stark belebten Plätzen der Neuen Stadt sieht man hin und wieder einige. So geht auch der Bahnbetrieb fast ohne Beamten vor sich. An den kleineren Stationen gibt es keine Sperren und nichts. Man steigt ein und aus, auf welcher Seite man will, auch schon auf der Strecke, wenn der Zug keine Einfahrt hat. Während der Fahrt wird allerdings kontrolliert, ob man im Besitz einer Karte ist.

Die Letten haben aber trotzdem ihre Freude an Uniformen und Goldknöpfen. Wie denn viele dieser neuen kleinen Staaten, die Deutschland um seiner wilhelminisch-preussischen Parabelschaberei hassen, gerade diese sich angeeignet haben und ihre Heere nicht bunt und blühend genug herausstatten können. Häufig zieht eine Kompanie mit klingendem Spiel durch die Stadt, und eine richtige Militärkapelle unterhält allnachmittags die Rigenjer.

Die Braunkohle — Deutschlands Rettung. Als der Verfall der Reichsdeutschland eines Teils seiner Kohlengebiete beraubte, als durch die Befreiung des Ruhrgebietes auch noch viel von dem verbliebenen Teil uns abgeschnitten wurde, da hat sich eine vor dem Kriege wenig beachtete Industrie als unsere Rettung erwiesen: die Braunkohle. „Es ist nicht zu viel gesagt“, erklärt Dr. Heinz in „Reclams Universal“, „wenn man behauptet, daß die mitteldeutsche Braunkohle Deutschland vor einer Wirtschaftskatastrophe

Ein Verwaltungsfandal.

Am 12. Juni d. J. geistelten wir an dieser Stelle die „Arbeit“ der Reichsdiziplinarkammern den Eisenbahnbeamten gegenüber. Der Artikel hat in den beteiligten Reichsministerien viel Staub aufgewirbelt, indem er den Anlaß dazu bot, daß das Reichsinnenministerium ganz energisch auf die Bildung der Kammern und deren Inangriffnahme drang. Auch der Reichstag griff ein und verlangte am 3. Juli d. J. in seiner Entschließung zu § 101 des Reichsbeamtengesetzes eine verwaltungsseitige Nachprüfung der nunmehr seit 19 Monaten „schwebenden“ Disziplinarverfahren. Daraufhin zog Herr Gröner alle „schwebenden“ Verfahren von den Kammern zurück und „prüf“ nunmehr zum foundsovielten Male nach.

Bemerkte sei nochmals, daß es sich in fast allen Fällen um parteigenössliche Beamte handelt, die von dem durch und durch reaktionär eingestellten Verwaltungsapparat des Reichsverkehrsministeriums „abgelehnt“ werden sollen, weil sie sich im Sinne dieses Ministeriums, der Achtung und des Ansehens, das ihr Amt erfordert, unwürdig erwiesen haben. In der Beamenschaft ist die Befürchtung verbreitet, daß Herr Gröner nur deshalb die Sachen von den Kammern zurückgezogen hat, um als „Erfolg“ der wirtschaftlichen und politischen Krise eine andere politische Konstellation zu erwarten und die Sachen dann erneut an neu zusammengesetzte Disziplinkammern verweisen zu können, die dann besser als die jetzigen in seinem Sinne entscheiden sollen.

Inzwischen ist den betroffenen Beamten auch heute noch nicht die ihnen gefällig zustehende Hälfte ihrer Dienstbezüge ausgezahlt.

Wie lange gedenkt Reichstag und Öffentlichkeit sich die offensichtlich Verhöhnung der Parlamentsbeschlüsse noch gefallen zu lassen? Was hat man in den sieben Wochen seit Verabschiedung der Entschließung zu § 101 getan, um im Sinne derselben zu verfahren; wie lange gedenkt man dieses schon allzu lange währende Käse- und Rauschspiel mit den Beschlüssen des Reichstages noch fortzusetzen?

Reichsernährungskonferenz.

Am Freitag, den 17. August, treten im Reichsernährungsministerium die Ernährungsminister der Länder zusammen. Es sollen außer Vorschlägen des Reichsernährungsministers zur Versorgungswirtschaft auch die Anregungen der Landesregierungen zur Sicherung unserer Ernährung besprochen werden. Neben der Verlängerung der Geltungsdauer der Brotkarte bis 15. Oktober wird an eine monopolartige Erzeugung des In- und Auslandsgetreides gedacht. Die Tatsache, daß der Geschäftsbericht der Getreide-Einfuhrgesellschaft, die bisher allein berechtigt war, Auslandsgetreide für Rechnung der Reichsgetreidestelle nach Deutschland einzuführen, verhältnismäßig günstig lautete, hat sicherlich zugunsten derartiger Gedanken gewirkt. Jedemfalls verlangt dieser Geschäftsbericht, der die Kosten der Gesamtwirtschaftung durch die Gesellschaft seit 1919 auf $\frac{1}{2}$ pro Tonne beziffert und nach dem der gesamte Handel, der die Geschäfte durchführt, im allgemeinen einen Bruttoerdienst von 12 Proz. hatte (wovon die beträchtlichen Kosten für Angestellte, Bureau, Telefon, Kabel usw. abgingen), ferner aber auch zwischen dem Verkäufer im Ausland bis zu dem deutschen Müller, an den die Ware nach Anweisung der Reichsgetreidestelle geliefert wurde, nur ein Zwischenergebnis von 0,56 Proz. stand, ernste Beachtung. Von einer Rückkehr zur alten Getreideumlage kann wohl kaum die Rede mehr sein. Aber Reich und Länder können auch nicht die Brotverfügungsfrage völlig aus der Hand geben. Auf das Brotkartensystem kann unmöglich ganz verzichtet werden, wenn man natürlich auch den jetzt bestehenden Kreis der Brotartenbezieher einengen muß. Bei freier Getreidewirtschaft würden übrigens infolge der schwierigen Geldverhältnisse in kurzer Zeit Müller und Bäcker in Schwierigkeiten geraten und ebenso sollte man nicht die Gefahren vergessen, die sich bei freier Wirtschaft leicht durch verspäteten und verschleppten Drusch des Getreides einstellen können.

Zur besseren Fleischversorgung wird die Wiederein-

Riga.

Von Gewe.

Die Hauptstadt des kleinen Lettenreiches. Sitz der Regierung. Die besteht aus dem Parlament von hundert Mann (darunter ein paar sehr feine Köpfe bei den Sozialisten) und den Ministern, die teils „christlich-unpolitisch“, teils nationalsozialistisch die „weiße Republik“ Lettland verwalten.

Riga erinnert an eine alte deutsche Hansestadt, Lübeck oder so, der die dort verkehrenden oder wohnenden Slawen durch ihre lebenswürdigen Sitten (unbegrenzte Gastfreundschaft z. B.) ein besonderes Gepräge geben.

In der Stadt wohnen Letten und Balten, einige Russen und Reichsdeutsche. Die Balten, die sich für die „einzig wahren Deutschen, einzig national gesinnten“ halten, sind gar nicht so rein deutsch. Ihre Vorfahren, Deutsche, kamen ins Baltikum, aber im Lauf der Zeit ist manch Vieles angeheiratet worden! Die Balten zeichnen sich durch wirklich kolossale politische Beschränktheit aus: An Deutschlands Niedergang seien die Sozialisten schuld, natürlich auch am Sturz der Mark. Mit Grauen sprechen sie vom „roten“ Berlin (wenn sie wissen, wie bischrosia unsere gute Stadt leider nur ist!). Und was noch wenig Deutschnationalen tun, sie halten heute und für die Zukunft treu und fest an Wilhelm von Gottes Ungnaden, dem deutschen Helden. Sie halten sogar seine rasche Abreise nach Holland für eine heroische, vaterländische Tat! Warum? Weil die bösen Sozialisten sonst dem geliebten Herrn etwas zuleid getan hätten, und er sich doch für die Zukunft gut konservieren muß. Diese Zukunft, das ist die Hoffnung der Balten. Jede sozialistische Tat (besser Untat) in Deutschland verfolgen sie mit Begeisterung und erwarten nichts feindseliger als den Augenblick, wo Hitler-Ladendorff Deutschland beherrscht. Denn dieser Augenblick soll sie, die Herren, von der Anechtung durch das tief unter ihnen stehende lettische „Volk“ befreien!

Die Letten sind insgesamt harmlose Leute; teilweise lettisch-national, zum andern, kleineren Teil, sozialistisch. Die Frauen sind, wie häufig leider auch bei uns, ziemlich passiv. Doch eine tüchtige, große Führerin haben sie, Genossin Klara Kaimin. „Die Klara“, wie sie allgemein heißt, ist die von Balten und National-Letten meistgeachtete und verehrteste Frau.

Die offizielle Sprache ist lettisch, aber jeder spricht ebenso gut deutsch und russisch. Plakate, Filmstreifen usw. werden lettisch und russisch gegeben, deutsch ist als Sprache der Balten verpönt. Die Letten sind eifrig bemüht, ihre Sprache zu „reinigen“. Früher hieß z. B. die Straßenbahn „Elektrische“, jetzt etwa „Straßenrutscher“, wie mancher unserer Landsteuere keine „Interessen“, sondern nur mehr „Belange“ haben. Die Reinigung hat aber noch nicht durchgegriffen, so daß man, auch ohne das Lettische zu beherrschen, eine ganze Masse lesen kann! Konditoreja Konditorei, cafe Kaffe usw.

bewahrt hat.“ Gewiß kann die Braunkohle niemals die Steinkohlenmengen Westfalens und Oberschlesiens ersetzen. Wohl aber ist es denkbar, daß die Braunkohleförderung angesichts der bestehenden Rückschlüssen schnell gesteigert wird, um wenigstens die wichtigsten Industriezweige Deutschlands so lange am Leben zu erhalten, bis wieder größere Steinkohlensubventionen zu erlangen sind.

Das mitteldeutsche Braunkohlengebiet umfaßt rund 400 Gruben in denen 1922 150 000 Menschen lehrende Beschäftigung fanden. Im ganzen also mit den Familien der Arbeiter weit über 700 000 Menschen ihren Lebensunterhalt erhielten. Die geographische Lage des Braunkohlengebietes macht es für Deutschland besonders wichtig. Da die Industrien sich stets dort ansiedeln, wo die für sie notwendige Kohle vorhanden ist, so wäre eine völlige Entblößung der Mitte Deutschlands vom industriellen Leben vorhanden, wenn nicht die mitteldeutsche Braunkohle die Grundlage für eine blühende Industrie böte. Dazu hat ein günstiges Geschick Deutschland zum Besizer großer Kohllager gemacht, die genau in der Mitte zwischen den beiden Steinkohlengebieten liegen. Die zur Hebung dieser Schätze notwendige Kohle müßte auf weiten Wegen herbeigeschafft werden, wenn sich nicht die Braunkohle neben und teilweise direkt über den Kohllagern vorfinden würde. So deckt die Braunkohle heute nicht weniger als 93 Proz. des ganzen Brennstoffbedarfes der Kolonialindustrie, und zwar ausschließlich mit Rohbraunkohle. Außerdem versorgt sie die Zuderindustrie. Der Betrieb der 120 Zuderfabriken, die 1922 rund 5,5 Millionen Doppelzentner Zucker erzeugten, wird allein von der Braunkohle aufrechterhalten. In neuerer Zeit sind dann noch zwei Industriezweige auf mitteldeutscher Braunkohle aufgebaut worden: die Elektrizitäts- und die chemische Industrie. Seitdem man elektrischen Strom ohne großen Verlust auf weite Entfernungen leiten kann, sind große Kraftwerke entstanden, die der Braunkohle ihre Wärmequelle entnehmen, so das größte mit Dampftrieb betriebene Kraftwerk der Welt, Zichornewitz bei Bitterfeld, das Berlin zum großen Teil mit Licht und Kraft versorgt. Die chemische Industrie ist hauptsächlich durch das Leuna-Werke vertreten, das Stickstoff aus der Luft gewinnt und mit seinem kälteren Verbrauch von über 5000 Tonnen die meiste mitteldeutsche Rohbraunkohle beansprucht. Nicht weniger als vierzig Millionen Tonnen mitteldeutscher Braunkohle wurden 1922 in gewerblichen Betrieben verbraucht. Außerdem hat man aber auch in dem Braunkohlengruben einen Heizstoff auf den Markt gebracht, der die Rohbraunkohle an Heizkraft um mehr als das Doppelte übertrifft. Von diesen Beispielen wurden 1922 nicht weniger als 10,2 Millionen Tonnen abgeleht.

Staatsoper. Friedrich Schorr, der neue Heldensänger der Staatsoper, tritt sein Engagement am Sonntag, den 19. August, in den „Rittersängern“ als Hans Sachs an. In der „Hilflos“-Aufführung am Freitag, den 24., wird Kapellmeister Erich Kleiber vom Nationaltheater zu Wuppertal gastweise dirigieren.

Im Deutschen Theater wird ab Sonnabend, den 18. d. M., wieder „Hilflos“ in den Spielplan aufgenommen. In den Kammern spielen wird von da ab wieder „Frühlingsermähen“ aufgeführt werden.

„Die Truppe“ hat mit den Proben zu der Eröffnungsvorstellung ihres mehmonatigen Berliner Gastspiels im Schauspielhaus begonnen. Als erste Aufführung wird für die erste Septemberhälfte der „Kaufmann von Venedig“ vorbereitet.

führung der alten Viehlieferungsverbände in irgendeiner Form er-
wogen.

Von den freien Gewerkschaften ist den maßgebenden Regie-
rungsstellen geraten worden, mit den Ländern, die von Deutschland
Saatgut beziehen (Polen, Rumänien, Tschechoslowakei u. a.) einen
Tauschverlehr einzurichten; z. B. Kartoffeln gegen Saat-
kartoffeln, Brotgetreide gegen Saatroggen oder Kaff gegen Kar-
toffeln usw.). Auch soll die Lebensmittelzufuhr mit den östlichen
Agrarländern möglichst erleichtert werden, da hier die Devisenfrage
keine so wichtige Rolle spielt. Zur Ausschaltung des verteuerten
Zwischenhandels seien direkte Lieferungsverträge zwischen den
landwirtschaftlichen Produzenten und den Verbraucher-
gruppen notwendig. Wenn die Konsumgenossenschaften, die
übrigens gegenwärtig in direkten Verhandlungen mit den
Hauptorganisationen der Landwirtschaft wegen Lieferungsver-
trägen in Verbindung getreten sind, bezüglich der etwas riskanten
Kartoffellieferung sich ein wenig zurückziehen, dann müßten eben
andere Verbrauchergruppen hier einspringen.

Es wird keine leichte Aufgabe für die Ernährungsminister-
konferenz sein, aus all den vorliegenden Plänen und Anregungen ein
klares und zweckmäßiges Ernährungsprogramm aufzustellen, das
Garantien für eine ordnungsmäßige Verteilung der diesjährigen
guten Ernte gibt.

Stinnes und die Reichsbahn.

Im Untersuchungsausschuß über die Markfrüfung haben
die Devisenkäufe der Firma Stinnes am 12. April eine große Rolle
gespielt. Der Vertreter der Firma sagte damals unter seinem Eid aus, daß die Käufe auf Ver-
langen der Reichsbahn getätigt wurden. Schon damals wurde
von den Vertretern der Reichsbahn behauptet, daß bei den
Verhandlungen zwischen ihr und der Firma Stinnes nur da-
von die Rede gewesen sei, daß die Firma den Bedarf an De-
visen für die Reichsbahn aus ihren eigenen Beständen
decken soll. Eine Klärung dieser widersprechenden Behauptung
ist im Untersuchungsausschuß nicht erfolgt. In einem
schriftlichen Bericht, den jetzt der Staatssekretär des Reichs-
verkehrsministeriums, Stiesler, dem Untersuchungsausschuß
des Reichstags erstattet hat, werden nun an Hand der Unter-
lagen folgende Schlussfolgerungen gezogen:

Aus diesen Urkunden geht klar hervor, daß das Eisenbahn-
zentralamt das Angebot der Firma Stinnes, Devisen für das Eisen-
bahnzentralamt im freien Verkehr zu kaufen, nicht angenommen
hat, sondern besonderen Wert darauf gelegt hat, daß die zur Be-
gleitigung fälliger Rechnungen erforderlichen Devisen aus den Be-
ständen der Firma Stinnes gedeckt werden sollen.

Da diese Behauptungen bewiesen werden durch den ent-
sprechenden Briefwechsel, so steht einwandfrei fest, daß die
Bormüße, die gegen die Firma Stinnes wegen ihrer gewaltigen
Devisenkäufe im April erhoben worden sind, ihre begrün-
dete Unterlage haben.

Der Reichstagsabgeordnete Legationsrat Freiherr von Rhein-
baben ist zum Staatssekretär in der Reichsfanzlei ernannt worden.

Die „Deutsche Zeitung“ verboten. Wegen ihrer Hebe gegen
Reichstanzler Stresemann wurde die „Deutsche Zeitung“ ab
Freitag auf drei Tage verboten.

Die Trennung des Kirchendienstes vom Schuldienst ist in Olden-
burg verfügt worden.

Stipendiat Dorten. Die „Humanität“ berichtet ihre vor-
einiger Zeit gebrachte Nachricht, der Schriftsteller Wilmazet sei es
gewesen, der im Auftrage des Generals Mangin Dr. Dorten
eine Summe von 250 000 Franken ausgehändigt habe. Diese
Summe sei in Wirklichkeit am Sonnabend, den 14. August 1920,
Dr. Dorten von dem Ordnonanzoffizier des Generals
Mangin, Clarac, überreicht worden. — Aber selbstverständlich
steht die französische Regierung, als solche, diesen Dingen fern...

Das sowjetrussische Rote Kreuz in Bulgarien hat sich, so teilt die
bulgarische Regierung nach begonnener Prüfung der nach der Aus-
weisung hinterlassenen Papiere mit, weit weniger mit Flücht-
lingsfürsorge als mit bolschewistischer Organisation und militärischer
Ausspähung beschäftigt.

Ruhelind.

Von Karl Germer.

Fort rollt der Zug.
Ein letztes Winken,
Ein letzter Gruß —
Dahin — Wohin?

Ich spür im Aug' ein Tränlein blinken,
Noch seh ich fern ein Lächeln winken,
Noch spür ich warmen Kinderluf —
Warum mein Herz auch fragen muß?

Der Zug rollt fort. —
Er nahm hinweg mein Kind. — — —
Warum? Wohin?
Was fragst du, wenn ich traurig bin?
Fragst du, ein Mensch?
Fragst du, ein Kind?
Der Zug, er nahm hinweg mein Kind — — —
Warum? — Die Not!
Wohin? — Nach Brot!
Mein armes Kind!

Der Kampf der Kolonien für ihre Unabhängigkeit. Die Nach-
kommen des Chingachod und der anderen Helden aus Coopers
Vederstrumpf setzen den Kampf gegen die Annahmungen einer be-
gehrten Wert fort. Der Häuptling der „sechs Nationen“, Desajeh,
ist jetzt nach London gekommen, um hier für die Unabhängigkeit
seiner Stämme zu streiten. Er hat dem Völkerbund eine Petition
überreicht und wendet sich in einem Aufruf an die öffentliche Mei-
nung Englands. Das ist gewiß nur eine edle Geste, so romantisch
wie der Fiederschmuck, den er auf dem Haupte trägt, aber Desajeh
ist es dabei sehr ernst und er fordert die Einschreiten des Völker-
bundes, der nach der Klausel 17 im Falle eines drohenden Krieges
den Einspruch erheben soll. So phantastisch es klingt, so erklären die
Kolonisten doch, daß sie Krieg gegen die kanadische Regierung führen
wollen, weil diese sie in ihrer Unabhängigkeit bedroht. Seit dem
Vertrage von 1784, durch den die Indianer eine Art Homerule in
den Territorien am Grand River zugeordnet wurde, haben die
Indianer auf ihre Unabhängigkeit nicht verzichtet. König Georg III.
gab damals dieses Land seinen „treuen Verbündeten“ als Beloh-
nung für ihre Hilfe im Krieg mit Amerika, durch den sie ihre alten
Jagdgebiete verloren hatten. Von den „sechs Nationen“, die damals
belehrt wurden, sind heute noch 3000 Indianer übrig. Sie haben
ihre eigene Volksversammlung und bewahren noch manche Ueberreste
ihrer alten Rechte. Die Stämme stehen mit der kanadischen Regie-
rung auf Kriegsfuß, weil sie argwöhnen, daß man ihre Selbstregie-
rung beeinträchtigen wolle. Der Aufruf, mit dem sich Desajeh an
das englische Volk gewandt hat, ist sehr pathetisch. Man kann dieses
schlechte Auffassern des Stolzes der Indianer und der anderen Stämme
belächeln, aber die reifen Männer an den großen Seen nehmen die
Angelegenheit blutig ernst und wollen nun durch ihren Häuptling
ihre verlorenen Sache vor dem Forum der Welt ausfechten.

In der Großen Volksober ist als Vorkämpferin für diese Spielzeit
Eugenie Edwardowa vom ehem. russ. Ballet in St. Petersburg
verpflichtet worden.

Die Bebel-Feier im Reichstag.

Wenige Tage nach der Verfassungsfeier trägt der Reichstagsaal
wieder anderen Feitschmuck. „Sozialismus ist angewandte Wissen-
schaft“ steht an der Stirnwand über einem großen Schwarzweißbild
August Bebel's, dessen zehnjährigen Todestags heute gedacht
wird. Den Saal und die Tribünen füllen die eifrigsten Arbeiter der
Partei, Träger weithin bekannter Namen ebenso wie Männer, Frauen,
Jünglinge und Mädchen, die nur der engere Kreis der Freunde im
Bezirk kennt. Fahnen der Partei, rote Banner mit unseren Kampf-
rufen und Zielsprüchen umgeben die Estrade.

Um 8 Uhr setzt der Männerchor „Harmonie“ vom Kreuz-
bergviertel unter der Leitung des Chormeisters Schartzschmidt
ein: Hamruls Chor „Saat und Ernte“ leitet die Feier stimmungsvoll
ein. Dann spricht an Stelle unseres alten Hermann Wollenkühn,
der nach Kopenhagen zur interparlamentarischen Weltkonferenz
mußte,

Dr. Adolf Braun:

Er hätte, so beginnt er, lieber dem jahrzehnelangen Freunde
und Kampfgesossen Bebel's, Hermann Wollenkühn, zugehört, als
selbst sprechen zu müssen. Allein auch Braun stand seit 1882 mit
Bebel in immer lebhafteren Beziehungen und so kann er wohl be-
klunden, wie sehr August Bebel der Partei in den bösen Jahren
seit seinem Tode gefehlt hat. So viele Vorkämpfer und Führer wir
verloren haben, so tief hat kein Verlust die deutsche Sozialdemokratie
getroffen. Er war der Stolz der deutschen Arbeiterklasse, aus ihr
selbst, aus dem traurigsten Proletariat, war er zum Führer des
Volkes aufgewachsen. Nachdem die Arbeiter Ignaz Auer und August
Bebel erkannt hatten, verloren sie die Bewunderung für die Bour-
geoisie, die der Menschheit so viele geistige Kräfte geschenkt habe. In
dem Beispiel dieser beiden erkannte das Volk, welche Talente in
ihm selbst schlummern und nur durch die gesellschaftlichen Verhält-
nisse in ihrer Entwicklung gehemmt wurden — aber das Beispiel
Auer's und Bebel's spornte die Arbeiter auch an, die Schwierigkeiten
zu überwinden, an sich an ihrer Bildung, an ihrer geistigen Kampf-
rüstung zu arbeiten. Bebel gab gerade seine Freiheitsstrafen Ge-
lesenheit, sein Wissen zu jener erstaunlichen Fülle auszudehnen,
über die seine Schriften, besonders sein Buch „Die Frau und der
Sozialismus“ uns staunen lassen. Welche fernliegenden Probleme
hat er dem Volk nahegebracht — nicht nur dem Proletariat; die
bürgerliche Frauenbewegung wäre ohne August Bebel nie das ge-
worden, was sie wurde.

Und welche Arbeit hat er in der Arbeiterbewegung, in der
Partei, im Parlament, als Helfer und Berater vieler Menschen,
nicht zuletzt als Schreiber unzähliger wertvoller Briefe, die man
sameln möchte, geleistet. Wo wäre die deutsche Sozialpolitik ohne
die Sozialdemokratie, ohne August Bebel! Seine Schrift über die
Bäckerarbeiter hat die deutsche Arbeiterschutzhilfsbewegung, die

deutsche Arbeiterschaft ins Leben gerufen; sie sollte Bebel's Angaben
widerlegen — aber sie mußte sie Wort für Wort bestätigen.

Die Pflicht der Verteilung der deutschen Repu-
blik hat Bebel uns hinterlassen. Wie hat er die Hohenzollern-
monarchie bekämpft! Bülow stürzte über Bebel's Enthüllung des
wiltkminischen „Systems“.

Wie haben Marx und Engels Bebel geschätzt! Unvergleich-
lich tiefer als 1833 der Tod Margens wirkte 1913 das Hin-
scheiden Bebel's — auch dies war ein Zeichen, wie seither, nicht
zuletzt durch Bebel's Arbeit, die Arbeiterpartei gewachsen war.

Der Redner erinnert an die letzte Fahrt des toten August
Bebel in Zürich, unter einständigen Glodengeläut, in Gegenwart
der Vertreter aller sozialistischen Parteien Europas, an den Waffens
der Schweizer Arbeiterschaft vorüber. Braun gedenkt auch der
tiefen Achtung, die Bebel selbst seinen Gegnern abgerungen; hat doch
Beheimrat Waedite, der bedeutende Sozialpolitiker, ein entschei-
dender Gegner des Sozialismus, Bebel als den bedeutendsten und
der Regierung unangenehmsten Abgeordneten bezeichnet, und zwar
deshalb, weil Bebel alle Vorlagen genau studierte und die verbor-
genen Absichten der Regierung herausfand. Der strengkonser-
vative Beheimrat Wagner bezugte Bebel's staatsmännische Ader und
Ignaz Auer sagte einst in Wien zu Viktor Adler und Adolf
Braun: „Ich werde niemals Bebel widersprechen, denn Bebel ist
der tatsächliche Inhalt dessen, was die deutschen Arbeiter denken und
empfinden. Er weiß, was die deutsche Arbeiterschaft will, bevor es
dem deutschen Proletariat selbst bewußt ist — er ist der tatsächliche
Ausdruck des deutschen Sozialismus.“

Der Redner schildert dann die Arbeit Bebel's unterm Sozia-
listengesetz, wobei Bebel vor dem kleinsten Kreise ebenso gern
und ungeachtet aller Gefahren sprach wie sonst vor der größten
Versammlung, wie er die unscheinbarste und mühseligste Partei-
arbeit nicht scheute. Unvergleichlich bleibt jedem, der sie erlebt hat,
die Rede Bebel's auf dem Parteitag in Halle, drei Wochen nach
dem Fall des Sozialistengesetzes — aber welche Rede Bebel's einer
auch gehört haben mag, er wird sie nicht vergessen und nicht das
Bild des hinreißenden Redners.

Nachdem Genosse Braun so das Leben unseres Führers umrissen
hatte, schloß er mit dem Ausblick in jene Zeit, da der Sozialismus
die Menschheit sein und sie ihres Fahnenführers August Bebel ge-
denken wird.

Viel mehr noch als sonst mußten nun die einfachen Klänge des
Liedes „Ein Sohn des Volkes“, das die Sänger anstimmten,
die Gemüter bewegen.

Freiheitsgedichte und Stellen aus Bebel's Reden und Schriften,
von Herrn L. Weill eindrucksvoll vorgetragen, und Chöre der
Sänger hielten die Versammlung noch eine Zeitlang im Geiste der
Feier, bis die „Internationale“ das Zeichen gab, in neuem Mut,
mit frischer Kraft dem Alltagskampf wieder zuzustreben.

Wirtschaft

Die Preissteigerung im Großhandel.

Unter der Nachwirkung der akuten Devisensteigerung in der
Vorwoche hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Be-
rechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 483 464fachen des
Friedensstandes am 7. August auf das 663 880fache am 14. August
oder um 37,3 Proz. gehoben.

In der gleichen Zeit ist der Dollarkurs in Berlin von
3,3 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark oder um 10 Proz. zu-
rückgegangen. Dieser Bewegung folgten zunächst

die Einfuhrwaren mit einer leichten Senkung von dem
854 903fachen auf das 832 770fache oder um 2,5 Proz., während
die übrigen Warengruppen noch eine Steigerung ihres Preis-
niveaus aufwiesen, und zwar
die Lebensmittel (im Großhandel) von dem 349 021fachen
auf das 422 356fache oder um 21 Proz.

Die Industriestoffe von dem 734 806fachen auf das
1 115 425fache oder um 51,8 Proz.

Die Inlandwaren von dem 409 173fachen auf das 630 102-
fache oder um 54 Proz.

An dieser Preisstatistik ist besonders auffallend, daß die In-
dustriestoffe trotz der Dollarsenkung sich auf ein Niveau er-
hoben haben, das über den höchsten Dollarkurs hin-
ausgeht. Diese Preissteigerung der industriellen Rohstoffe hat
dazu geführt, daß die Reichsbahn ihre Gütertarife über den
Dollarkurs hinaus erhöhen muß.

Im übrigen ist zu beachten, wie schnell in den letzten
Wochen die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen
folgen. Während die Lebenshaltungskosten früher einen Monat
brauchten, um den Preisniveau des Großhandels einzuholen, ist der
Großhandelsindex vom 7. August mit dem 483 464fachen von den
Lebenshaltungskosten vom 13. August mit dem 436 395fachen Vor-
kriegsstand nahezu erreicht! Es muß unbedingt dafür Sorge
getragen werden, daß nach der Besserung der Mark die Preise im
Großhandel und im Kleinhandel ebenso schnell herunter-
gesetzt werden wie sie vorher mit dem Dollar gestiegen sind.

Was ist eine Goldmark? In der Goldbank des Reiches ebenso
wie bei den früheren Dollarschuldenleistungen ist der Kurs einer
Goldmark gleich dem 4,20 Teil eines Dollars angelegt. Da aber
dieser einheitliche Wertmaßstab noch bis vor kurzem nur seinen
Teilen der Wirtschaft geläufig war, während man die Goldrechnung
für fast alle Warenpreise durchzuführen suchte, ergab sich für die
Markteinheit „Goldmark“ bei den verschiedenen Industrie- und
Handelsverbänden ein verschiedener Maßstab. Die einen setzten an
andere an den holländischen Gulden an, obwohl die Kurse dieser
Hochvaluten, am Goldgehalt der Münze gemessen, durchaus nicht
immer übereinstimmten. Für die Wirtschaft war das von geringerem
Belang, solange wenigstens das richtige Umrechnungsverhältnis an-
gewandt wurde. Jetzt leistet man sich dabei aber bewußt oder un-
bewußt Umrechnungsfälle für die Goldmark, die es den Produ-
zenten ermöglicht, auch in Goldmarkrechnung Sondergewinne zu
erzielen. Das ist z. B. der Fall, wenn gewisse Leihverbände
1 Schweizer Franken gleich 1 Goldmark setzen, während in Wirk-
lichkeit 1,25 Schweizer Franken gleich einer Goldmark sind. Andere
Verbände setzen die Goldmark gleich 1/4 Dollar, während sie in Wirk-
lichkeit den Wert von 1:4,20 Dollar hat. Wohl werden sich manche
Produzentengruppen darauf berufen können, daß die Differenz, die
auffallenderweise oft zum Vorteil, noch nie aber zum Nachteil der
Produzenten zu beobachten ist, in der Preiskalkulation Berücksichti-
gung gefunden hat. Das ist eine höchst unsichere Sache, da ja bekannt-
lich die Preiskalkulation unter dem Ausschluß der Deffektivität vor-
genommen wird. Die falsche Umrechnung in Goldmark bietet die
Möglichkeit von Preisübersteigerungen, gegen die sich die
Verbraucher jedenfalls wehren müssen. Deshalb sollte nun bald dafür
sorgegesehen werden, daß als Wertmaßstab für die Goldrechnung ein
einheitlicher Kurswert angenommen wird. Das ist möglich,
wenn eine tüchtige amtliche Kursfeststellung der Goldmark etwa an
Hand des Dollars oder des Durchschnittes mehrerer Hochvaluten
ermittelt und veröffentlicht wird.

Heute. Die Hamburger Getreide- und Futtermittelhandlung
o. Appen u. Co. stellt ihre Zahlungen ein. Sie hat Lieferungsver-
pflichtungen größeren Umfangs in Palmöl und zu erfüllen, die zu
Preisen von 200 000 bis 400 000 M. eingegangen sind, während der
Preis heute etwa 4 Millionen Mark in Devisen je Zentner beträgt.
Die Verbindlichkeiten der Firma werden auf etwa 750 bis 900
Millionen geschätzt. Neben Hamburger Firmen sollen be-
sonders Breslauer Häuser in Mitleidenschaft gezogen sein.

Die Lebenshaltungskosten im Ausland. Ueber die Lebenshal-
tungskosten im Ausland entnehmen wir den Mitteilungen des Inter-
nationalen Arbeitsamtes folgende Angaben: In Groß-Bri-
tannien betrug der Lebenshaltungsinde: 169 im Juni gegen 160 im
Juni gegen 169 im Mai, Lebensmittelinde: 162 im Juni gegen 160
im Mai. (Grundlage: Juli 1914 = 100.) — In Indien (Bombay)
Lebenshaltungsinde: 151 im Juni gegen 153 im Mai; Lebensmittelin-
de: 146 im Juni gegen 148 im Mai. (Grundlage: Juli 1914
= 100.) — In Luga mburg betrug der Lebenshaltungsinde: 440
am 1. Juli gegen 437 am 1. Juni. (Grundlage: Juni 1914 = 100.)
— In Massachussets betrug die Indeziffer für Lebenshaltung-
skosten im Juni 156 (156 im Mai). Die Indeziffer für Lebensmittel
war im Juni 135 (136 im Mai). — In Polen stand die Groß-
handelsindeziffer im Juni auf 1881 410 (1 125 350 im Mai).
(Grundlage: Januar 1914 = 100.) Die Indeziffer für Lebens-
haltungskosten betrug im Juni 1277 967 (946 687 im Mai) (Warschau).
Die Indeziffer für Lebensmittel betrug im Juni 1 636 650 (1 378 881
im Mai). (Grundlage: Januar 1914 = 100.) — In der Schweiz
stellte sich der Index der Vereinigung der Schweizer Konsumgenos-
schaften (23 Städte): Lebenshaltung: 164 im Juni gegen 161 im
Mai; Lebensmittel: 168 im Juni gegen 166 im Mai. (Grundlage:
Juli 1914 = 100.) — In Spanien betrug die Großhandelsindeziffer
im Juni 170 (171 im Mai). (Grundlage: 1913 = 100.) Die
Lebensmittelinde: betrug im Juni 170 (178 im Mai) (Madrid).
(Grundlage: Juli 1914 = 100.) — Während die schwedische
Indeziffer von 161 auf 160 gefallen ist, stieg die dänische Indeziffer
sah, die halbjährlich auf der Grundlage eines Jahresertragens
einer Arbeiterfamilie im Jahre 1914 von 2000 Kronen berechnet
wird, im letzten Halbjahre um 6 Punkte von 108 auf 204. Gemäß
der zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen der Arbeiter
und Arbeitgeber getroffenen Vereinbarung, nach welcher der Lohn
um 1 Proz. für je 2 Punkte der Indeziffer steigt oder fällt, erhöht
sich der Lohn für die überwiegende Mehrheit der dänischen Arbeiter
um 3 Proz. Auch die Löhne und Gehälter der Staats- und Ge-
meindeangestellten werden nach der Indeziffer geregelt und erhöhen
sich für die Verheirateten um 9 Kronen, für die Unverheirateten um
6 Kronen monatlich.

Die Kohlenpreise in Frankreich. Das französische Volk bezahlt
die Kohlen mit einer erheblichen Verteuerung des Kohlenbezugs.
Die französische Zeitung „Deuxie“ veröffentlicht eine Zusammen-
stellung der Kohlenpreise, aus der hervorgeht, daß die Preise,
verglichen mit denen vom August 1922, beträchtliche Erhöhungen
erfahren haben. So ist u. a. der Preis für Eisformbriketts von
135 auf 235 Franken gestiegen, für Braunkohlenbriketts von
150 auf 165, für belgischen Anthrazit je nach Qualität von 200 bzw. 215
auf 255 bzw. 275 Franken. Am größten ist die Steigerung für eng-
lischen Anthrazit, wo die Preissteigerung 151 bis 170 gegenüber dem
Vorjahre betrug.

Eine Gewerkschaft als Unternehmer. Eine sehr geschäftstüchtige
Gewerkschaft scheint der amerikanische Verband der Lokomo-
tivistenzugführer „The Brotherhood of Locomotive Engineers“
zu sein. Dieser Verband besitzt, wie der Nachrichten dienst des VSB,
mehr als 5 Arbeiterbancen, davon 2 in Cleveland. Gleichfalls
ist er im Besitz eines beträchtlichen Teiles der Anteile einer großen
Handelsgesellschaft und bereitet die Gründung einer Handelsgesell-
schaft in New York vor. In Cleveland hat der Verband über 300
Millionen Dollar in Unternehmen angelegt und ferner ist
er Besitzer einer Buchdruckerei, einer Versicherung-
gesellschaft und mehrerer Kohlenbergwerke in Vir-
ginia und Kentucky.

Das Goldausgeld ist für die nächste Woche erneut stark er-
höht worden und beträgt dann 96 809 900 Proz. Demnach sind die
Einfuhrzölle auf das 968 100fache erhöht. Nach dem gestrigen Dollar-
stand von 2,7 Millionen — im freien Verkehr wurden allerdings
höhere Kurse bis zu 3,6 Millionen Mark genannt — stellt sich der
Dollar „nur“ etwa auf den 643 000fachen Vorkriegsstand, bei einem
Kurs von 3,6 Millionen auf den 857 000fachen Vorkriegsstand. Durch
diese Erhöhung des Goldausgeldes sind also die Zölle stärker ge-
steigert worden als die Devisenkurse.

Gewerkschaftsbewegung

Fort mit den Innungsschiedsgerichten!

Kein Tischlerinnungs-Schiedsgericht für Groß-Berlin.

Die Innungen sind noch immer bejagt, obwohl es nicht zu ihren Aufgaben gehört, nach § 81 b Ziffer 4 der Gewerbeordnung „Schiedsgerichte zu errichten, welche berufen sind, Streitigkeiten der in § 3 des Gewerbeordnungsgesetzes und im § 53a des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Art zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Gesellen (Gehilfen) und Arbeitern an Stelle der sonst zuständigen Behörden zu entscheiden.“

Bei Schaffung der Zwangsinnungen wurde jedoch bereits ausdrücklich bestimmt, daß mit dem Aufhören der Existenz einer Innung und ihrem Übergang zu einer Zwangsinnung das Innungsschiedsgericht fortfällt und nicht auf die Zwangsinnung mit übergeht. — Vor der Einführung der Gewerbeordnung mägten die Innungsschiedsgerichte noch eine gewisse Existenzberechtigung gehabt haben. Seitdem haben sie diese mehr und mehr eingebüßt, und auch in den Kreisen der Innungsmeister selber ist man mehr und mehr davon abgekommen. Neuerdings scheint sich jedoch in Berlin eine erneute Vorliebe für die Sondergerichtsbarkeit der Innungen geltend zu machen. So unterhält u. a. auch die Tischlerzwangsinnung Berlin ein Innungsschiedsgericht, dessen Zuständigkeit trotz all seiner schweren Mängel auf Groß-Berlin auszudehnen versucht wird. Es sollen deshalb die sämtlichen bestehenden Tischlerinnungen Groß-Berlins zu einer einheitlichen Tischlerzwangsinnung für das gesamte politische Groß-Berlin vereinigt werden. In der Tat soll der Hauptzweck der Zusammenfassung der verschiedenen Tischlerinnungen zu einer gemeinsamen Zwangsinnung der sein, die gesamte Arbeiterschaft der Holzindustrie Groß-Berlins der Gerichtsbarkeit des Innungsschiedsgerichts zu unterstellen.

Es erübrigt sich vollkommen, auf die Nachteile der Innungsschiedsgerichte im allgemeinen für die Arbeitnehmer hier noch näher einzugehen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Urteile der Innungsschiedsgerichte in jedem Falle berufungsfähig sind, so daß selbst in den seltenen Fällen, in denen die Arbeitnehmer vor dem Innungsschiedsgericht zu ihrem Recht kommen, die Arbeitgeber vor dem Amtsgericht einlegen können. Bis das das Urteil des Innungsschiedsgerichtes gegen den Arbeitgeber bestätigt wird, ist die dem Arbeitnehmer zugesprochene Entschädigung infolge des langwierigen Verfahrens inzwischen längst entwertet. Umgekehrt aber wird jeder Arbeitnehmer, der sich in seinem Recht durch das Innungsschiedsgericht benachteiligt fühlt, gezwungen, beim zuständigen Amtsgericht Berufung einzulegen. Nach allen bisherigen langjährigen Erfahrungen der Arbeiterschaft fehlt ihnen jegliches Vertrauen zu der Rechtsprechung der Innungsschiedsgerichte.

Zu der prinzipiellen Gegnerschaft der Arbeiter gegen die Innungsschiedsgerichte überhaupt gesellen sich für die Berliner Holzarbeiter noch ganz besondere Gründe, die in der mangelnden Organisation des bestehenden Innungsschiedsgerichtes der Tischlerzwangsinnung liegen.

Nicht nur, daß die Gerichtsschreiberei völlig unzulänglich ist und dadurch die notwendige Korrespondenz in Klagenfällen zum Nachteil der rechtlichenden Arbeitnehmer ganz außerordentliche Verzögerungen erleidet, sind auch die Räume und der gesamte Apparat des Innungsschiedsgerichtes in keiner Weise geeignet, auch nur den bisherigen Aufgaben zu genügen. Die Zustände, die sich dort an den Terminabenden, jeden Donnerstag von 5 Uhr ab, abspielen, spotten jeder Beschreibung. Es werden dort 30 bis 35 Fälle zur Erledigung anberaumt. Die Parteien und Zeugen erscheinen, und es sollen in der Zeit von 5 bis 8 Uhr bei der großen Zahl der zur Erledigung kommenden Fälle, Verlesung des Klageantrages, Anhören der Parteien, Zeugenernehmung, Kammerberatung und Urteilserkundung vorgenommen werden. Bei diesen Zuständen ist es natürlich ganz unmöglich, daß der amtierende Richter, obgleich er sich persönlich die größte Mühe gibt, auch nur eine einigermaßen einwandfreie Rechtsprechung vornehmen kann.

Warterräume für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind getrennt. Die Arbeitgeber dürfen in dem Zimmer, das am Tage als Gerichtsschreiberei dient, Platz nehmen und sind in diesem Zimmer in einer Zahl von 20 bis 30 oft stundenlang zusammengepackt. Die Arbeitnehmer müssen im Korridor warten und stehen dort Kopf an Kopf gedrängt, in einer Luft, die bei dem Mangel an jeglicher Lüftung und Ventilationsvorrichtung unerträglich ist. Nachdem die Arbeitnehmer oft stundenlang gewartet haben, wird ihr Fall im Gerichtszimmer in wenigen Minuten in recht summarischer Weise abgetan. Die Empörung macht sich in lärmenden Ausbrüchen geltend.

Auch dann, wenn die hier geschilderten Mißstände im Schiedsgericht der Berliner Tischlerzwangsinnung mit der Verschmelzung der Innungen zu einer gemeinsamen Zwangsinnung für

Groß-Berlin durch Beschaffung größerer Räume und Schaffung besserer Einrichtungen möglichst abgestellt würden, was vorläufig kaum zu erwarten ist, bleibt das total veraltete System des Innungsschiedsgerichts.

Mit diesem System muß gebrochen, es darf nicht weiter ausbreitet und verewigt werden. Soll gar der gegenwärtige Apparat des Schiedsgerichts der Berliner Tischlerzwangsinnung auf ganz Groß-Berlin ausgedehnt werden, müßten die Gesellenausschüsse samt aller Gesellen, die sie bei den Innungen vertreten, sich in einem gemeinsamen Protest dagegen wenden.

Es wird insbesondere auch Aufgabe unserer Reichstagsfraktion sein müssen, bei der Schaffung des geplanten neuen Arbeitsgerichts-gesetzes auch die Mitglieder der Zwangsinnungen einzubeziehen und so die Innungsschiedsgerichte völlig verschwinden zu lassen, da sie in keiner Weise mehr zeitgemäß sind, vielmehr vollkommen unnütz sind und eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen bedeuten.

Neuer kommunistischer „Sieg“.

Die Plenarversammlung der Gewerkschaften gesprengt.

Die gestrige Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortsartells des IFA-Bundes sollte sich mit den Vorgängen anlässlich des kommunistischen Generalfreistrikes befassen. Um eine ruhige, sachliche, von „äußeren Einflüssen“ unbehinderte Aussprache über die Ursachen und den Verlauf des Streiks zu er-

USPD.-Betriebsvertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre!

Montag, den 20. August, abends 7 Uhr, in den „Sophienkassen“
Sophienstraße 17-18

Wichtige Versammlung

Tagesordnung:

Der kommunistische Generalfreistrike und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Genosse Kurt Heintz.

Jeder Betrieb muß vertreten sein. Parteimitgliedsbuch und Funktionärsausweis legitimiert. Der Bezirksvorstand.

möglichen und in gemeinsamer Beratung Mittel und Wege zu finden, in solchen Situationen die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu erhalten, anstatt durch einseitige Parolen Uneinigkeit in die Reihen der Gewerkschaften zu bringen, halte die Versammlungsleitung die Kontrolle am Saaleingang verstärkt.

Vorher noch der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Genosse Sabath, zu seinen einleitenden Ausführungen das Wort nehmen konnte, erhoben die kommunistischen Mitglieder der Kommission lärmenden Protest gegen die Kontrollmaßnahmen. Man protestierte gegen „eine Diktatur des sozialdemokratischen Saalschuhes“ und drohte, nicht nur sofort die eigenen Hundertschaften zu mobilisieren, sondern auch jede Tagung unmöglich zu machen.

Darauf kam es den Kommunisten offenbar nur an. Sie bewiesen das im Verlauf der Geschäftsordnungsdebatte noch besonders dadurch, daß sie den Versicherungen Platons, der Leitung der Kommission hätte nur davon gelegen, einen ungehörigen Verlauf der Versammlung zu garantieren, keinen Glauben schenken, sondern durch ihre Redner erklären ließen, jede Tagung zu vereiteln, würde der Ordnungsdiens nicht zurückgezogen.

Nachdem eine rasch zusammengesetzte Vorstandskonferenz beschlossen hatte, die Kontrolleure am Saaleingang nicht zurückzuziehen, traten die Kommunisten in eine so „sachliche“ Behandlung der Frage ein, daß Platon die Versammlung vertagen mußte.

Wer etwa geglaubt haben sollte, daß die Kommunisten nach dem häufig zusammengebrochenen Generalfreistrike irgendeine Berufungswahl bekommen hätten, wird durch den Verlauf dieser gesprengten Plenarversammlung leider eines anderen belehrt.

Angestelltenrat der Berliner Metallindustrie.

In die gestrige Bekanntmachung des Kametallartells haben sich leider einige Druckfehler eingeschlichen. Am 31. August kommt nicht das 3/4fache Brutto-Julieinkommen zur Auszahlung, sondern das 3/4fache Brutto-Julieinkommen.

Soziale Zulagen eingeschlossen. Von den sich ergebenden Beträgen werden heute 11 1/2 Proz. des Brutto-Julieinkommens (der gleiche Betrag wie für die erste Augustdekade) vorabgezahlt und bei der zweiten Teilabrechnung in Abzug gebracht. Ueber die letzte August-Teilabrechnung, sowie über eine etwa notwendige weitere Zwischenzahlung wird nach dem 21. August verhandelt.

Lohnbewegung im Lederfleischergetriebe.

Die Arbeitnehmer im Berliner Fleischergetriebe bezogen bis zum Ablauf der verfloffenen Woche einen Wochenlohn im 1. Jahre nach der Lehre von 592 878 M., im 2. und 3. Jahre 718 332 M., ohne Verantwortung 795 996 M., in verantwortlicher Stellung 996 042 M., und die Ladengefellen 1 072 674 M.

Der Zentralverband der Fleischer forderte bei den Verhandlungen in der verfloffenen Woche eine Zulage von 400 Proz. Die Herren vom Haktlog wollten aber nur 200 Proz. bewilligen. Diese 200 Proz. ergeben in der 1. Stufe einen Lohn von 1 185 756 M. Hier von werden aber, da sich in den meisten Fällen die Gefellen in Kost und Logis befinden, 1 060 000 M. in Abzug gebracht, so daß der Arbeitnehmer, wenn er ausgerechnet hat und als Gefelle tätig ist, noch ganze 693 634 M. wöchentlich bezieht. Damit glauben die Arbeitgeber den Preisverhältnissen genügend Rechnung getragen zu haben. In der Bemessung der Fleischpreise ist man nicht so bescheiden. Die Fleisch- und Wurstpreise werden genau wie alle anderen Lebensmittel schneller erhöht als der Dollar zu steigen vermochte. Was soll ein Gefelle von 693 634 M. wöchentlich zur Fortlaufen?

In der Arbeiterpresse wird obendrein behauptet, daß die Fleischergefellen am besten von allen Berufen gestellt seien. Die Arbeiterpresse sucht durch Veröffentlichung der Löhne der Ladengefellen ein besonders günstiges Bild zu geben. Ein Ladengefelle, der eine jahrelange Praxis hinter sich hat, soll mit einem Barverdienst von 2 133 022 M. wöchentlich seine Familie ernähren.

Wir bitten die arbeitende Bevölkerung bei ihren Einkäufen im Lederfleischergetriebe sich bei der Preisforderung des Verdienstesempfehlen zu lassen, wie die Herren Arbeitgeber das Verdienstempfehlen der Gefellen in ihrer Fachpresse aufgemacht haben.

Die Organisation hat die Bewilligung der 200 Proz. abgelehnt und den Schlichtungsausschuß angerufen.

Für die Angestellten im Buchhandel ist mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß außer der am 11. August erfolgten Zahlung des Zulagebaldes bis zum 18. August zwei weitere Brutto-Zulagebaldes zur Auszahlung kommen.

Achtung, Buchdrucker! Der Beitrag für die Woche vom 19.-25. August beträgt für Vollmitglieder 4 000 000 M., für Mitglieder, die nicht der Invalidenfasse angehören, 3 975 000 M., für Gewerkschaftsmitglieder 3 625 000 M., für Invalidenfassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 1 000 000 M. Der Vorstand.

Löhne im Gastwirtsgetriebe. Für die Woche vom 10. bis 16. August beträgt der Lohn des Papiers 13 618 000 M., für das Küchenmädchen 9 724 000 M., Hausdiener über 22 Jahre 12 980 000 M., Köche über 24 Jahre 13 860 000 M. bei freier Kost, die mit 5 320 000 M. pro Woche berechnet wird. Im selben Umfange sind die Garantielöhne der Kellerer erhöht.

Verband der Maler. Die Malerlöhne für die Woche vom 17. bis 23. August in Groß-Berlin betragen 600 000 M. pro Stunde. Als Ausgleich für die Entwertung der vergangenen Woche werden am Dienstag der nächsten Woche für jeden Gehilfen 1 500 000 M. gezahlt. Diese Summe ist in dem Stundenlohn nicht enthalten. Die Ortsverwaltung.

In der Lederwarenindustrie werden morgen neue Verhandlungen geführt. Tarife sind am Sonnabend abzuholen.

Der Lohn der Glaser beträgt für die Zeit vom 10. bis 16. August 292 000 M., der Hilfsarbeiter der Plackglasgruppe 264 000 M. pro Stunde. -- Montag abend 7 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, wozu alle Kollegen, auch die Hilfsarbeiter, unbedingt erscheinen müssen.

Uga, Lichtberg. Heute, Freitag vormittag 10 Uhr, Versammlung aller USPD.-Mitglieder im Lokal Bittichauß, Berlin, Petersburger Str. 5. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Ausweis ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Berlin-Karlshof Industriewerke Geshw. Die Kollegen werden ersucht, morgen, Freitag, früh 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Kassierung bei Schell! Heute 6 Uhr Zentral-Treff, alle Jahreshöhe, Versammlung des ausgescherten Personal. Die Streikleitung.

Achtung, Chemigrafen, Lichtdrucker, Kupferdrucker. Heute Freitag 5 Uhr Mitgliederversammlung im Berliner Clubhaus, Dönhofsstr. Bericht von der Lohnverhandlung. Die Gruppenleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag nachmittag 6 Uhr und Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag abend 7 1/2 Uhr im Bureau, Rungelstr. 30. Die Ortsverwaltung.

GBB. (Schwarzgewerkschaft im GBB). Am Sonnabend, den 18. August, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25-26, gesellige Sitzung.

Merkmalerbezirksverein Charlottenburg I. Am Sonntag, den 20. August, Pampelstheater nach Noctule bei Vorabend, Abfahrt 7 1/2 Uhr Dampfstraßen-Bier, Kegelweg. Karten sind zu haben in Charlottenburg bei den Kollegen Hoffmann, Rehringstr. 23, Sögel, Werner-Siemens-Str. 22, und Otto, Köpenickerweg 58.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Felix Ceterana, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Göttsch, Berlin; Frauen: A. D. Köhler, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karschke, Wilmersdorf; Ausländer: Th. Giese, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 7. Seite 1 Beilage.

Deutsches Th.
7 1/2 Uhr:
Schneider Wibbel
Kammerspiele
7 1/2 Uhr Die
Büchse der Pandora
Gr. Schauspielhaus
8 Uhr
Die Weber
Theater i. d.
Königsgraben-Str.
Die wunderl.
Geschichten des
Kapellm. Kreisler
I. Teil
Berliner Theater
7.30 Uhr: **Madi**
Trianon-Th.
10. 8 Uhr:
Die Raschhoffs
Reichshallen-
Theater
10. 4. 7 1/2 Uhr:
Steff. Söger.

Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Madame Butterfly.
Lessing-Th.
Allabendl. 8:
Pfarrhauskomödie
Kleines Theater
Heute 7 1/2 u. 1. Male:
Lugolins Komödie in:
Klarissas halbes
Herz
Casino-Theater
8 Uhr Die 8 U.
neuen Reichen

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Die Entlassung
Deut. Künstler-Th.
Allabendl. 7 1/2 Die
Tugendprinzessin
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 U.: Die Dame
mit der Maske
WIMMERBARTH
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Deutsch Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr:
Günstling der Zarin
Große Volksoper
im Theater d. Westens
4 U.: Der Troubadour
Intimes Theater 8:
Diplomat im Dienst
9. blaue Pyjama etc.
Metropol-Theater
8 U.: Die Schönste
der Frauen
Neues Theater a. Zoo
8 Uhr: Leibkutscher
des Fredericus Rex
Schiller-Th. Charl.
8 U.: **Süße Susi**
Th. a. Nollendorfpl.
7 1/2 U.: Mein Freund
— der Lokal
3 Wallner-Th. 8
Die Luxusfrau
Th. a. Korth. Tor
10. 1/2 Uhr:
ELITE
Sänger
Das beliebte
August-
Programm
u. a.: „Jedem
1911 sein!“

UFA-PALAST A. ZOO
Sodom und
Gomorrha
TAUENZIEPALAST
Polsha, die Thäze-
ria Katharina der
Großen.
U. T. KURFÜRSTEND.
Der Idiot
U. T. NOLLENDORFFPL.
Zwei Wägen im
Sturm der Zeit
KAMMERLICHTSP.
Fredericus Rex
U. T. FRIEDRICHSTR.
Zwischen Himmel
und Erde
U. T. ALEXANDERPL.
Die Bardame
U. T. WEINBERGSWEG
Das Schicksal
einer Ehe und
Die Peruanerin
U. T. SCHÖNEBERG
vom 17.-21. 8. 9
Der Liebesbrief
der Königin
vom 21.-23. 8. 23
Dieterlebende Kraft
U. T. HASENHEIDE
Firnstrausch

Durchschlag-
Schreibmaschinen-
u. Vervielfältigungs-
papier
liefern preiswert
A. Kietz & Co.,
Büro-Bedarf-Gen.
W. 57, Frobenstr. 21
Romeo-
u. andere Vervielfältiger
liefern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Gen.
W. 57, Frobenstr. 21
Farbbänder
für alle Schreib-
maschinen
liefern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Gen.
W. 57, Frobenstr. 21
Schreibmaschinen.
auch russische und
Reise-Maschinen,
liefern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Gen.
W. 57, Frobenstr. 21
Typendrucker
liefern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Gen.
W. 57, Frobenstr. 21

Spielplan v. 17. — 23. 8. 23
UFA-PALAST A. ZOO
Sodom und
Gomorrha
TAUENZIEPALAST
Polsha, die Thäze-
ria Katharina der
Großen.
U. T. KURFÜRSTEND.
Der Idiot
U. T. NOLLENDORFFPL.
Zwei Wägen im
Sturm der Zeit
KAMMERLICHTSP.
Fredericus Rex
U. T. FRIEDRICHSTR.
Zwischen Himmel
und Erde
U. T. ALEXANDERPL.
Die Bardame
U. T. WEINBERGSWEG
Das Schicksal
einer Ehe und
Die Peruanerin
U. T. SCHÖNEBERG
vom 17.-21. 8. 9
Der Liebesbrief
der Königin
vom 21.-23. 8. 23
Dieterlebende Kraft
U. T. HASENHEIDE
Firnstrausch

Zurückgekehrt
Prof. Alfred Pinkuss
in einer
Risikoausswahl!
ANZÜGE
PALETOTS
Gummikarte!
Damenkonfektion
Möbel-
Einrichtungen
in 4 Etagen.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung
A. DAMITT
Rosenthaler Str.
48/47

Das
Gesundheitsbuch der Frau
Von Prof. M. Orstahn
Mit 111 Abbildungen
Grundy 2.50 M. geb.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 6, Lindenstr. 3

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 63/65
Geschäftszeit vom 9 Uhr Dienstag, 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833 bis 834
und 6592 bis 6595.
Achtung! Anniengewerbe. Achtung!
Sonnabend, den 18. August, mittags
1 Uhr, bei Reding, Hahnenstr. 71
Versammlung
der Funktionäre.
Tagesordnung: 1. Bericht von der
Lohnverhandlung. 2. Distrikte.
Achtung! Weißmetall. Achtung!
Sonnabend, den 18. August, nachm.
3 1/2 Uhr, im Lokal von Reding,
Hahnenstr. 71
Sitzung
der Vertrauensleute und
Berater.
Sonnabend, den 18. August, nachm.
4 Uhr, im Verbandshaus (Arbeitsloft)
Sünderstr. 83/85
Brandenversammlung
der Bauausläger.
Tagesordnung: 1. Bericht über
unser Lohnverhandlung. 2. Distrikte
3. Kommilitonenmitglieder und Ver-
trauensleute müssen eine halbe Stunde
früher erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Weit unter Preis!
Badehauben, 12 Gummi, von 3000 an. In Mundwasser
5000, Reisehauben 500, Reise-Schuhschutz 200, Lamm-
große Tube, 200, Zahnpaste 100, 500, 1000, Hautcreme 200
500, Toilettenseife 500 an, Badkapseln 500, Hängelglocke
300 und 500, Schuhschraube, Toilettglas, sowie noch viele
Haushalt-, Toilette- und Gummivarikel. Alle Preise mit
10% Aufschlag. A. Kietz & Co., Markgrafstr. 64
a. d. Lindenstraße, 10-6 Uhr. Erg. 1890.

ULAD
Täglich
Großes Monumental-Feuerwerk
Ermäßigte Preise Ein Kind frei

Admirals-Variete
Das internationale
August-Programm

Boekbräuerei
Belle-Alliance-
Ecke Fiedrichstraße.
Jeden Dienstag,
Freitag, Sonntag
Erstklass. Kabarett
Anfang 8 Uhr

Wucher mit möblierten Zimmern.

Kein Gegenstand des täglichen Bedarfs ist der willkürlichen Preisfestsetzung und damit der so katastrophalen Wirkung der Geldentwertung auch nur annähernd in dem Maße entzogen worden, wie die Wohnung. Das Reichsmietengesetz, dessen Zustandekommen im wesentlichen auf das Konto der Reichstagsfraktion unserer Partei zu setzen ist, macht es jedem Mieter (auch dem bewohnten) möglich, sich lästiger Vertragsbestimmungen in bezug auf die Mietzinshöhe dadurch zu entziehen, daß er solche ihn schädigende vertragliche Vereinbarungen durch die Erklärung auf gesetzliche Mietsätze zum nächst zulässigen gesetzlichen Kündigungstermin wieder aufhebt. Darüber hinaus aber ist ihm durch das am 1. Oktober d. J. im Kraft tretende Mieterschutzgesetz auch der Besitz der Wohnung oder sonstigen Mieträume in erheblichem Maße gesichert; denn der Vermieter kann während die Mieträume nicht mehr kündigen (auch nicht mit Genehmigung des Mieteinigungsamts), sondern der Vermieter muß, um das Mietverhältnis gegen den Willen des Mieters zu beenden, die sogenannte Aufhebungsklage beim ordentlichen Gericht anstrengen, und die Aufhebung des Mietverhältnisses ist nur beim Vorliegen ganz bestimmter, vom Gesetzgeber eng begrenzter Gründe zulässig.

Die Wohnung als Erwerbquelle.

Ist somit heute unter den notwendigen Ausgaben für den täglichen Bedarf der Mietzins kein wesentlich in Betracht kommender Posten und der Besitz der Wohnung dem Mieter in erheblichem Maße gesichert, so ist es geradezu ein Frevel an diesen Errungenschaften, wenn nun der Mieter — vor jeder Bemüherung durch den Hausbesitzer geschützt — seinerseits den Besitz der Wohnung mißbraucht, um von wohnungslosen Familien oder Einzelpersonen für die Ueberlassung möblierter Räume einen Mietzins zu fordern, der in keinem Verhältnis zu seiner eigenen Leistung an den Vermieter steht. Es wird von uns nicht verkannt, daß die Vergabe der Möbel und namentlich auch von Bettmatten, Gardinen usw., deren Neubeschaffung ganz ungeheure Beträge erfordert, ferner die Lieferung von Frühstück, die Reinigung der Zimmer und dergleichen entsprechend der Geldentwertung vergütet werden müssen. Es darf aber nicht verfallen werden, daß Möbel bei sachgemäßer Behandlung eine verhältnismäßig lange Lebensdauer haben und daß die Reinigungsarbeiten in der eigenen Wohnung nicht einfach nach den normalen Tarifen für Reinigungsfrauen, sondern etwas mäßiger angelegt werden müssen, zumal Versicherungsbeiträge und der Weg zur Arbeitsstelle fortfallen. In den weitaus meisten Fällen handelt es sich bei der Untervermietung nicht um einen vollen Broterwerb, sondern nur um eine unter den heutigen Lebensverhältnissen gewiß sehr erwünschte, vielleicht sogar notwendige Nebeneinnahme, aber in den meisten Fällen eben nur um eine Neben- einnahme. Allen diesen Umständen muß billigerweise bei der Preisberechnung für möbliert vermietete Räume Rechnung getragen werden.

Gesetzliche Untermiete.

Viele Untervermieter vergessen außerdem (oder sie wissen es auch nicht), daß die Untermieter durch das Reichsmietengesetz gleichfalls vor Bewucherung geschützt sind; denn sie können, ebenso wie der Mieter die gesetzliche Mietsätze erklären, die Zahlung der gesetzlichen Untermiete verlangen. Da die Untermietverträge meist bis zum 15. jeden Monats zum nächsten Monatsersten kündbar sind, so kann der Untermieter bis zum Monatsersten dem Untervermieter zum nächsten Monatsersten schriftlich die gesetzliche Untermiete erklären. Tut er dies, so ist fortan die gesetzliche Untermiete zu zahlen, die aus dem Anteil an der gesetzlichen Mietsätze für den leereren Raum und aus der Vergütung für die Ueberlassung der Einrichtungsgegenstände, Gardinen, Wäsche usw., sowie für besondere Leistungen (wie Bedienung, Frühstück, Heizung usw.) besteht. Führt sich der Untermieter bei der Preisberechnung über, so kann er das Mieteinigungsamt anrufen, und dieses setzt alsdann den zu zahlenden Mietzins fest. Aus Furcht vor Differenzen mit dem Untervermieter unterlassen es allerdings viele Untermieter, das Amt anzurufen. Sie wissen, daß sie beim Aufgeben der Mieträume die Konkurrenz der Ausländer, die infolge der starken Valuta ihres Landes jeden Preis zahlen können, nicht ertragen können, und sie wissen leider zu Genüge, daß die Gewinnsucht vieler Untervermieter dazu führt, daß sie grundsätzlich nur an Ausländer vermieten. Dadurch werden die wohnungslosen, die möbliert wohnen müssen, weil sie keine Verwandten haben, bei denen sie unterkommen können, auf Gnade und Ungnade dem wuchernden Untervermieter ausgeliefert.

Diese Zustände haben nunmehr zu einem Eingreifen des Reichsarbeitsministers

geführt. Dieser weist in einem Erlaß darauf hin, daß bei der Vermietung möblierter Zimmer vielfach Mietsätze gefordert werden, die die gesetzliche Untermiete weit übersteigen und als wucherische Ausbeutung der Untermieter anzusehen sind. In der heutigen Zeit, in der die Wohnungsnot zahlreiche Personen, vor allem auch die jungverheirateten Ehepaare, zwingt, jahrelang ohne eigene Wohnung in möblierten Zimmern zu wohnen, habe die Untermiete eine besondere Bedeutung. Es sei daher durchaus verwerflich, wenn bei Untermietverhältnissen verlangt würde, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und die viele auf Untermiete angewiesene Personen nicht mehr zahlen können. Diese Zustände hätten zu zahlreichen Erörterungen und zu einer berechtigten Mißstimmung in der Öffentlichkeit geführt. Bei der gegenwärtigen Lage erscheine es daher unbedingt erforderlich, auch gegen diese Art des Wuchers vorzugehen. Der Minister hält es deshalb für sehr wünschenswert, wenn die Gemeindebehörden auf die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Bekämpfung des Wuchers mit möblierten Zimmern hingewiesen würden. Besonders wichtig erscheint es dem Minister, daß die Gemeinden auf Grund des Reichsmietengesetzes und der preussischen Ausführungsverordnung die Anzeigepflicht über Mietinsvereinbarungen bei Untermietverträgen über möblierte Räume insoweit einführen, als eine andere als die gesetzliche Untermiete gezahlt wird. Besteht eine solche Vorschrift, so ist die Gemeindebehörde in der Lage, den Mietzins durch das Mieteinigungsamt nachprüfen und bei schwerer Unbilligkeit herabsetzen zu lassen.

Gerade auch für die Stadt Berlin erscheint eine solche Anordnung des Magistrats dringend nötig, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Untermieter aus Sorge vor Unannehmlichkeiten mit dem Untervermieter die Anrufung des Mieteinigungsamts scheuen, obwohl das neue Mieterschutzgesetz auch die Untermieter, namentlich die Familien, vor der Kündigung schützt, so daß auch hier erst vom Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses geklagt werden muß. Die Uebervermietung der möblierten Räume durch Ausländer, die sich an der Kot des Volkes bereichern, kann auch hierdurch (wenn auch nur in mäßigem Grade) eingedämmt werden, und mancher Ausländer, der sich ohne Berechtigung hier aufhält, kann auf diese Weise ermittelt werden.

Ein Appell an den Berliner Magistrat, hier entschieden einzugreifen, ist durchaus am Platze, und wir hoffen, daß er den ständischen Zuständen bei der Untervermietung nach Möglichkeit ein Ende bereitet.

Den Untervermietern aber sei gesagt, daß ein Wucher ihrerseits ihnen jedes moralische Recht nimmt, sich gegen eine Bewucherung durch den Vermieter zu wehren; eine Fortdauer dieser Zustände muß naturgemäß die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswezens zu ihrem eigenen großen Nachteil aufs schwerste gefährden.

Revision im Totschlagprozess Mischke.

Das Urteil gegen den Schuhmachermeister Mischke, der vom Schwurgericht des Landgerichts II zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat das Reichsgericht auf die von Rechtsanwält Dr. Brandt eingeleitete Revision aufgehoben. Wie erinnerlich, hatte Mischke seinen elfjährigen, aus erster Ehe stammenden Sohn Arwin, dessen er sich entledigen wollte, an einsamer Stelle in den Teltowkanal gestochen und vor seinen Augen elendig ertränken lassen. Die Geschworenen hatten nicht, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, auf Mord erkannt, sondern nur auf Totschlag. Dieser Wahrpruch hatte allgemeines Befremden erregt, dem das Gericht auch dadurch Ausdruck gab, daß es auf die gesetzliche Höchststrafe erkannte und dieses Strafmaß damit begründete, daß nach Ansicht des Gerichts hier ein Mord vorliege. Das Reichsgericht erblickte hierin einen Widerspruch mit dem Wahrpruch der Geschworenen, da dieser nur auf Totschlag lautete, und hob das Urteil auf. Die neue Verhandlung wird voraussichtlich in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden. Mischke kann jetzt aber auch nur noch wegen Totschlags verurteilt werden, da eine Veränderung des ersten Spruches der Geschworenen zuungunsten eines Angeklagten gesetzlich nicht zulässig ist.

Verfrühte Sorgen.

Der Berliner Oberbürgermeister Böh empfing gestern die Vertreter der Presse, um ihnen besondere Schmerzen der Stadt Berlin ans Herz zu legen. Ein gut Teil dessen, was der Oberbürgermeister über die unverantwortlichen Angriffe gegen die Stadt, die ohne jede Überlegung in einem Teil der bürgerlichen Presse in die Welt gesetzt werden, sagte, trifft zweifellos zu. Die unsachliche Gehässigkeit des Kampfes gegen den der Rechtspresse so verhassten sozialistischen Magistrat trifft nicht nur den Magistrat, sie trifft viel mehr auch das Ansehen der Stadt Berlin und spielt draußen im Lande bei der Agitation gegen die Reichspolitik eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Rolle. Darüber hinaus hielt der Oberbürgermeister es für richtig, die Frage der Abänderung des Berliner Gesetzes zur Distinktion zu stellen und sich in prononzierter Weise für eine Erweiterung des Berliner Gebietes, für eine Zuteilung des Restgebietes der Kreise Teltow, Niederbarnim und Oberbarnim an die anderen Kreise der Provinz Brandenburg auszusprechen. Ganz unabhängig davon, wie man sachlich zu dieser Auffassung des Oberbürgermeisters steht, der eine diesbezügliche Aktion des Berliner Magistrats in Aussicht stellte — man hält offenbar den Hieb für die beste Verteidigung —, möchten wir doch meinen, daß augenblicklich Berlin dringendere Sorgen hat. Die Ueberlegenheit, die Berlin als große Kommune besitzt, wird sich im Laufe der Zeit, namentlich wenn stabilere Wirtschaftsverhältnisse eingeleitet sind, von selber zeigen. Heute sollte der Magistrat seine ganze Energie auf die Beschaffung von Arbeit und auf die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung konzentrieren. Wenn die Stadt auch vieles tut, so bleibt noch mehr zu tun übrig. Die Öffentlichkeit wird sich jedenfalls für Leistungen auf diesem Gebiet mehr interessieren als für territorialen Kleinriegel, sei es zwischen Berlin und umliegenden Kreisen, sei es zwischen Berliner Bezirken und zentraler Verwaltung.

Liebeswerben um Polizei und Reichswehr. Die Kommunisten mit Zuckerbrot und Peitsche.

Aus Kreisen der Polizeibeamten und der Reichswehrsoldaten kommen Proteste gegen die von den Kommunisten in den Tagen des „Generalstreiks“ gemachten Versuche, sich bei der Polizei und der Reichswehr anzubiedern. In Berlin hatten die Kommunisten viele Häuser und Räume mit Zetteln und Flugblättern besetzt, in denen sie Antritte an Schupo und Reichswehr riefen und sich ihnen als verlässliche Freunde vorstellten. Auf einen der gedruckten Zettel las man: „Polizisten! Weshalb müßt Ihr fortwährend in Vereitschaft stehen? Weil Ihr die Geldböcke schützen sollt. Aber hungrig werdet Ihr wie wir.“ Ein anderer Zettel lautete: „Soldaten! Laßt Euch nicht mißbrauchen! Die Arbeiter kämpfen auch für Euch. Kämpft nicht gegen sie!“ Und ein dritter Zettel sagte hinzu: „Reichswehrsoldat! Auch Du bekommst kein Geld, und wenn Du Geld bekommst, kannst Du nicht kaufen. Die Arbeiter kämpfen auch für Dich.“ Allen drei Zetteln fehlte die Angabe, daß es die Kommunisten waren, die so um Polizei und Reichswehr warben. Doch kaum einer der Polizeibeamten oder Reichswehrsoldaten, denen diese Zettel zu Gesicht kamen, dürfte darüber im Zweifel gewesen sein, wer sie da umschmeichelte. Ein an Häuser und Räume geklebtes Flugblatt mit der Ueberschrift: „Schupo! Reichswehr!“, das in längeren Ausführungen ähnliche Anbiederungsversuche machte, war wenigstens unterzeichnet. Angeblich kam es von einer kommunistischen Fraktion in Schupo und Reichswehr. Aber sicherlich steckte der dieser Firma sich bedienende Verfasser weder im grünen noch im grauen Rod. Schupo und Reichswehr wundern sich nicht wenig darüber, wie ihnen von den Kommunisten, die gegen sie sonst immer die Peitsche schwingen, hier mit dem Zuckerbrot gewinkt wird. Die Kommunisten sollen sich nicht einbilden, daß sie bei ihrem Liebeswerben auf Gegenliebe rechnen dürfen. Schupo und Reichswehr wissen, was sie von den Kommunisten zu erwarten haben.

Die Milchpreise für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin werden mit Wirkung vom Freitag, den 17. August, ab wie folgt festgesetzt: für Vollmilch 70000 M. je Liter, für nach Berlin eingeführte Magermilch 20000 M. je Liter.

Wieder Gasbelleferung. Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit: Am Freitag, den 17. August, wird die Gasabgabe, wenn auch noch mit geringem Druck, wieder aufgenommen.

(Copyright 1923 by Grethlein & Co., G. m. b. H. Leipzig)

Kilian.

Roman von Jakob Bährer.

Nach Tante Ellstabs Tod hatte ihn die Mutter mitgenommen nach Solothurn. Es waren da noch zwei kleine Kinder gewesen, die seine Geschwister sein sollten. Krummbeinige Geschöpfe mit ewig nassen Haaren und einem Ausschlag am Kinn. Raum war er mit der Mutter zu Hause angekommen, so hatte sie zu jammern angefangen: „Ich kann's doch nicht machen, ich verdiene allein zu wenig! Noch ein Maul ernähren! Wenn wenigstens der Vater da wäre!“

Aber der Vater war halt nun einmal fort! Kilian wußte wohl, was dieses „fort“ hieß. Im Zuchthaus, hieß es. Schon auf der Waidereg hatte er's gemußt. Die Buben hatten es ihm gesagt, und einmal auch der Lehrer, als Kilian nicht ihm herausbrachte, wieviel neunmal achtundfünfzig ist. Sein Vater hatte einmal eingebrochen. Das war sicher. Einige sagten: Schon vielmal. Kilian hatte oft darüber nachgedacht. Jedenfalls war das mit seinem Vater so: er hatte es zu etwas bringen wollen. Aber man hatte ihn dabei erwisch't.

Die Mutter war dann zum Armenpräsidenten gegangen, worauf Kilian schon am folgenden Abend, eben mit der Eisenbahn, in diese Gegend verreist war.

Aber bevor er abgedampft, war er einen ganzen langen Vormittag in Solothurn herumgelaufen.

Das hatte wohl unmöglich viel gekostet: solche Häuser und Straßen und Plätze und Brunnen und Brücken und Kirchen! Oh, eine Kirche war da! Hoch oben auf einer Kliefentreppe. Wie ein Berg! Nur alles glatt, behauen und wohl abgemessen, so daß es fein auseinander stimmte. Aber am besten hatten Kilian doch die Häuser gefallen, wie sie schön angemalt oder mit dem Befenwurf überzogen, mit grünen Läden, schönen Anschriften oder großen schmiedeeisernen Schildern, die in die Straße hinaushingen, eins ans andere gelehnt in langer Reihe an der Straße standen und manchmal zurücktraten um einen Platz, auf dem jedesmal ein Brunnen emporragte, darauf ein schön angemalter Krieger oder eine Jungfrau stand.

Und noch schöner und stiller war es in den hintern Gassen. Da standen die Häuser, große, sichere Steinhäuser, nicht immer aneinander, sondern manchmal war noch ein hohes Mauerlein dazwischen, über das just ein Pflaumen- oder Birnbaum hin-

aus- und in die Gasse hineingucken konnte. Auch war in der Mauer ein schönes gelb- oder grügestrichenes Holztor mit ausgelehter Verschalung und einem eisernen Knauf in der Mitte, und neben dem Tor am Sandfeimpfosten war ein Glodenzug.

Oh, Kilian sah alles so deutlich! Und jetzt kam eine Frau die Gasse herab, die hatte ein tiefblaues Kleid an und um den Hals einen Kragen aus bläulichem Pelz, und ob es schon noch fast im Sommer war, so machte der Pelz doch vornehm und schön; auch hatte die Frau ganz gelbe Stiefel; so hohe, daß man das Ende gar nicht mehr sah, und doch ging der Rod lange nicht an die Knöchel. Auch das machte sich sehr vornehm, besonders weil sie zuerst mit den Fehen und dann erst mit den hohen Stöckelabsätzen auftrat. So kam sie daher, mit einem feinen Schleiertein über das Gesicht, und war schön und blaß und vornehm; zumal auch durch die leichtgeöffneten Lippen ein wenig Gold blinkte. Und bei einem Tore blieb sie stehen, läutete, und das Tor ging auf, und sie ging hinein, hinein in den Garten und wohl auch in das große Haus. Das steinerne Haus! — — — Das sichere Haus!

Wie manchmal in einem Lied der Schlusstreim wiederholt wird, und man sich dessen freut, ohne daß man wüßte, warum man ihn so lieb hat, worin sein Sinn und Wert begründet wäre, also entschwand dem Buben das Bildchen aus dem Auge, schwand und erstand, verging und erschien und verblakte: Das Bild von dem steinernen Haus, dem sicheren Haus in der sonnigen Straße. . .

Aber dann schlich eine Traurigkeit in des Buben Herz. Nie würde er von diesen harten Bergen heruntergehen dürfen, nie in einer Stadt wohnen, nie zu etwas kommen.

Da stand auf einmal eine Touristin vor ihm und sagte: „Geht's hier nach dem Modlacherboden?“

„He?“ frug Kilian einfältig, denn er hatte die Frage sehr wohl verstanden, halte aber genug zu tun, die Fremde zu betrachten, die plötzlich wie aus dem Boden herausgestampft, schreiend und in blauen Hosen vor ihm stand. Schließlich brachte er heraus, daß man durch die Schlucht wohl in den Modlacherboden hinaufkomme, daß aber der bequeme Weg über die Weiden führe.

Die Fremde beharrte darauf, daß sie die Schlucht hinauf wolle und bei den Burschen, er solle mit ihr gehen.

Kilian schüttelte den Kopf.

„Aber warum nicht?“

Kilian zuckte die Achseln. Er mochte ihr nicht sagen, daß es ihm selber verboten war, die Felswand hinaufzuklettern. „Ich gebe dir fünfzig Rappen“, sagte sie, „nein, einen Franken, wenn du mich sicher hinaufbringst.“

Kilian wurde über und über rot. Es fuhr ihm durch den Kopf, daß in der tollen Schlucht, wie die Leute erzählten, einmal ein Fremder verfallen war, der dann nachher den Senn zu Luchigen verklagt hatte, weil ihn dieser den Weg durch die Schlucht gewiesen habe. Seither wollten die Leute hier oben lieber mit dem Teufel um die Seligkeit Reune ziehen, als einem Fremden den Weg weisen. Und auch allem Jungvolk ist solches bei Prügelftraße verboten.

„Hörst du, einen Franken!“ lockte die Versucherin.

„Ist es dann auch sicher?“

„Aber selbstverständlich“, lachte sie. „Vorwärts!“

Kilian dachte: „Einen Franken!“ Und: „Wenn man arm ist, muß man schlau sein.“ sagt der Senn. Man kann doch einen Franken nicht einfach liegen lassen!

Kilian sagte: „Nun also!“ und ging voran.

Bald waren sie am kalten Eck, hinter dem der Wildbach über eine Felswand stürzt und in regelmäßigen Abständen starke Wasserschwaden am Abhang entlang wirft, die dem Kletterer für Sekunden den Atem nehmen. Gleich dahinter erhebt sich eine glatte Kaltwand, von der Blatten abgeschiefert sind. Auf den oberen Bruchrändern hat sich manchmal etwas Erdreich abgelagert, aus dem nun Gräser, Steinbrech und Frühblüher sprossen.

Obgleich Kilian den verbotenen Weg wohl schon ein dutzendmal gegangen war, so überfiel ihn hier die Angst jedesmal aufs neue. Auch jetzt hatte er nur den einen Gedanken: Nicht stürzen! Die Fremde, der Franken, alles war sehr gleichgültig. Es gab nur eines: Wie war diesem Ungeheuer auszuweichen, das dicht vor dem sonnenheißen Felsabgrund lauerte? Wie war diesem fürchterlichen Fallgabel zu entweichen, der mitleidlosen Notwendigkeit: fallen zu müssen? Wenn man ihr entkam, war alles gut, erhielt man sogar einen Franken!

Dem Gebote mußte man entkommen, das war die Hauptsache!

Aber wie war das möglich? Wenn etwas ganz Seltsames, etwas ganz Unmögliches geschehen könnte, dann wäre es denkbar, daß man auch diesmal wieder. . .

(Fortsetzung folgt.)

